

nachgehende und ich bitte zu bedenken, daß ich mit dem ersten Beamten des bayerischen Staates in vollem Vertrauen mit herangezogen worden bin, um der damals drohenden Gefahr in Not und in Eile mit Steuern zu helfen. Da war mir Verlässlichkeit eine selbstverständliche Pflicht.

Es folgte nunmehr als Zeuge der Generaloberst der Infanterie Hellig Graf von Bothmer, der betonte, daß er durch die Denkschrift Dostows nicht beeinflusst sei. In die Versammlung im Bürgerbräu Keller ging er, weil er längere Zeit krank gewesen war und sich informieren lassen wollte. Es fiel ihm auf, daß auch eine Anzahl von Offizieren in Uniform anwesend war. Die Einaufnahme der Herren Kahr, Dostow und Seiber mit noch ein paar anderen Herren des Wehrkreiskommandos erfolgte unter Eskortierung von Wehrmännern, die alle den Revolver in der Hand hatten. Dieser hatte erklärt, daß der Saal von 800 Wehrmännern umstellt sei und daß, wenn nicht Ruhe herrschte, er ein Maschinengewehr auf die Galerie bringen lassen werde. Die Frage eines Verteidigers, ob es der Zeuge für möglich halte, daß ein deutscher Offizier in einem solchen Augenblick ein auch unter Zwang abgegebenes Wort nachträglich bräche, erwidert Graf Bothmer dahin, er habe nicht den Eindruck, daß ein Wort gebrochen wurde und wisse nicht, ob die Herren überhaupt ein Ehrenwort gegeben hätten. Graf Bothmer hob hervor, man müsse sich darüber klar sein, daß ein Widerstand von Dostow und Seiber, die nur ihre Säbel zur Verfügung hatten, ganz gewiss gewesen wäre. Sie konnten nicht anders handeln. Er glaube, daß die Herren von vornherein einen Zeitgewinn im Auge hatten.

Der nächste Zeuge, Geheimrat von Gruber sekundete von Lubendorf habe er den Eindruck gewonnen, daß er völlig überrascht und nicht unter den Schwerebenen gewesen sei. Was Kahr sagte, war ziemlich unverständlich, sein Gesicht war, wie gewöhnlich Keimern. Dieser war begeistert von seinem Ersolge Dostow hatte, wie auch schon früher, ein kühles, spöttisches Lächeln auf dem Gesicht. An Seiber konnte der Zeuge überhaupt keine Gemütsbewegung erkennen.

Unterrichtsprofessor Dr. Alexander v. Müller sagte u. a. aus, daß die Stimmung der Versammlung zunächst gegen das ganze Unternehmen war. Der Umkehrung trat erst mit der zweiten Ansprache Dostows ein. Er glaube, daß Kahr draußen nicht zustimmen würde, und daß die Versammlung wahrscheinlich bis zum andern Morgen eingesperrt bleiben würde. Das Gefühl einer Gefahr habe er, Zeuge, keine Minute gehabt. Selbstverständlich hätte die Dummheit oder die Erregung eines Einzelnen Unberechenbares auslösen können. Der Zeuge schildert sodann, welchen Eindruck er hatte, nachdem die Herren in den Saal zurückgeführt waren Kahr war vollkommen unbewegt wie eine Maske und sehr ernst, Dostow von leuchtender Freude, selig, daß es ihm gelang war, Kahr zum Mittun zu bewegen, von einer Art kindlicher Freude. Lubendorf tobte, sah von innerer Erregung, Dostow zeigte ein spöttisches Grinsen. Seiber war erregt und bleich, der einzelne der einen auch äußerlich erregten Eindruck machte.

**Preußische Kundgebung zum Münchener Prozeß.**

Gegen Lubendorfs Ausführungen.

Der preussische Ministerpräsident Brauns hat unter dem 5. März an den päpstlichen Nuntius Erzbischof Dr. Pacelli in Berlin ein Schreiben gerichtet, das folgenden Wortlaut hat:

„Die von dem General der Infanterie a. D. Lubendorf in seiner Verteilungsrede vor dem Volksgericht in München gegen Seine Heiligkeit den Papst gerichteten Angriffe geben mir Veranlassung, Euer Gnaden zum Ausdruck zu bringen, wie lebhaft die preussische Regierung die Ausfälle des Generals gegen Seine Heiligkeit bedauert. Sie bedauert sie umso mehr, als sie sich bewußt ist, wie unbegründet die Angriffe sind und wie warmen Dank Preußen dem Heiligen Stuhl für seine Bemühungen um den Frieden und die Wohlfahrt des preussischen Volkes während und nach dem Kriege schuldet.“

Weiter heißt es, die preussische Regierung bleibe sich „für verpflichtet, ihr tiefes Bedauern über das Vorgehen des Herrn Lubendorf auszusprechen“, und es wird gebeten, dem Papst diese Auffassung zu übermitteln.

**Vor dem Ende der Sachverständigenarbeiten.**

Beratungen der Reparationskommission vom 22. März etwa an.

Erst Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, dann Reparationen.

Die Arbeiten der Sachverständigenausschüsse dürften bis 15. März beendet sein. Da die Ausarbeitung des Berichtes noch einige Tage beanspruchen wird, werden wahrscheinlich erst am 22. März die Beratungen der Reparationskommission beginnen. Die Sachverständigen sind darüber einig, daß die Reparationen nur bezahlt werden können, wenn die wirtschaftliche Einheit des Reiches wiederhergestellt wird und wenn Deutschland einen Zahlungsaufschub von mindestens zwei Jahren erhält, mit Ausnahme der Sachlieferungen, die unter allen Umständen gesichert werden müßten. Einig ist man auch darüber, daß Frankreich Garantien erhalten müsse, wenn es veranlaßt werden solle, die wirtschaftliche Einheit des Reiches wiederherzustellen. Diese Garantien werden angestrebt erstens durch die Eisenbahnverträge, die auch die Sicherung der Grenzen gewährleisten soll, und durch eine Reparationsstaffel, die mit Hilfe der Monopole geschaffen werden soll. Diese Monopole sollen aber mehr eine indirekte Steuer darstellen.

Im zweiten Satze des Abkommens sollen die

Einnahmen an das Reich abgeliefert werden, damit es sein Budget in Ordnung bringen und für die Sachlieferungen sorgen kann. Dem dritten Satze ab sollen die Einnahmen bis zu der Höhe eines bestimmten Betrages in die Hände der Reparationskommission bleiben, die sie an die Gläubiger verteilt. Was über diesen Betrag hinausgeht fällt Deutschland zu.

Die Sachverständigen sind in ihrer Mehrheit der Meinung, daß die Verachtung der gesamten Reichsbahnen an ein internationales Konsortium für eine bestimmte Zeit die beste materielle und politische Sicherheit bieten würde. Es wird jetzt der Gedanke erwogen, daß die Verwaltung der Bahnen beim Reichs bleibt, dem Privatkapital aber, dem deutschen und internationalen, ein Anteil an dem Reichsunternehmen überlassen wird. Ein Zwang zur Internationalisierung scheint nicht beabsichtigt.

**Kapitel und Sachverständige für die Goldkreditbank.**

Zu der Erklärung Dr. Stresemanns, daß der Gesetzentwurf über die Goldkreditbank nach den Plänen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht dem Reichstage in kürzester Frist zugehen werde, verkündet, Dr. Schacht habe nach seiner Rückkehr aus Paris der Reichsregierung über seine Verhandlungen Bericht erstattet und mitgeteilt, sein Entwurf für die Gründung einer deutschen Goldkreditbank habe die Zustimmung der Sachverständigen und der Reparationskommission gefunden. Im Interesse der Kreditwürdigkeit der Bank sei die Gründung auf gesetzlichem Wege notwendig. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist sofort in Angriff genommen worden. Am Dienstag wird die Vorlage dem Reichstage zur Verabschiedung zugehen.

**Amsterdam als Sitz der Goldnotenbank.**

Die Handelsagentur meldet zu der Stellungnahme der Sachverständigen hinsichtlich der Pläne der schweizerischen Goldkreditbank, daß es sich bloß um eine provisorische Zwischenschaltung handle und Herr Schacht ihre Dringlichkeit für die deutsche Wirtschaft nachgewiesen habe. Die Goldnotenbank im Auslande unter allerleitender Leitung bleibe unabhängig von der schweizerischen Zwischenschaltung das Endziel der allerersten Bestrebungen. Dr. Schacht habe eingewilligt, daß der Goldvorrat seiner Kreditbank restlos der zukünftigen Notenbank, die in Amsterdam errichtet werden soll, zugeführt werde. Die Kreditbank habe auf Einwendungen gegen den schweizerischen Plan verzichtet, eine besondere Zustimmung aber nicht ausgedrückt.

Die Kontrolle der Devisengeschäfte. Die Sperre wegen unzureichender Anforderung von Devisenbedarf war Mittwoch abend gegen 8 Privatbanken und 2 Großbanken des Reiches ausgesprochen worden. Bei der Reichsbank wurde eine eigene Abteilung eingerichtet, die im Laufe der nächsten Woche sämtliche an Devisenhandel beteiligte deutsche Banken hinsichtlich der Rechtmäßigkeit ihrer Devisengeschäfte überprüfen soll.

Ergebnisse der deutsch-österreichischen Besprechungen. Nach einer Mitteilung der österreichischen Gesandtschaft haben die Besprechungen zwischen Vertretern der österreichischen und deutschen Handelskammern ergeben, daß beiderseits der Wunsch und der feste Vorsatz besteht, die schon im Frieden bestehenden engen Beziehungen neu zu festigen. Ähnlichen dem Minister Dr. Schöffel und den zuständigen deutschen Regierungsstellen ist vereinbart worden, die Verhandlungen über einen Handelsvertrag in nächster Zeit in Wien aufzunehmen. Ferner wurden einige seit längerer Zeit anhängige Einzelfragen, die mit der Handhabung der beiderseitigen Ausfuhrverbote zusammenhängen, im Geiste freundschaftlichen Entgegenkommens erledigt.

Ein neuer Kongreß der Internationalen Arbeiterhilfe. Das Reichskomitee der Internationalen Arbeiterhilfe hat beschlossen, den feierlich verkündeten öffentlichen Kongreß der Internationalen Arbeiterhilfe nunmehr, nach Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes am 18. März d. J. stattfinden zu lassen. Es soll der Öffentlichkeit über die Tätigkeit der Internationalen Arbeiterhilfe Rechenschaft geben und u. a. die Frage erörtert werden, ob die Disziplin der Internationalen Arbeiterhilfe fortgeführt, gegebenenfalls umgestaltet werden soll. Das Hauptreferat wird voraussichtlich Prihtjof Ransen, Mitglied des norwegischen Komitees der Internationalen Arbeiterhilfe übernehmen.

Währungsfrage. In der Donnerstagnachmittagssitzung der Finanzkommission des Senats erschienen Voicars und der Finanzminister de Lathurie, wobei Voicars erklärte, er fordere, daß die Debatte über die Steuererhöhung in der von der Kammer beschlossenen Form am Dienstag ihren Anfang nehme. Andernfalls werde er zurücktreten. Außerdem erklärte Voicars, daß er auf dem Recht der Regierung, die ihr notwendig erscheinenden Maßnahmen auf dem Verordnungsweg zu ergreifen, bestände.

Der verschleierte französische Bankausweis. Der letzte Wochenanweis der Bank von Frankreich mit der Angabe, daß der Papiergeldumlauf um rund 1 Milliarde gestiegen ist, hat ein nachdrückliches Steigen des Pfundes bis auf 108 zur Folge gehabt. Der Dollar erreichte den Kurs von 25,10. Die Wäuter haben hervor, daß der Papiergeldumlauf nunmehr den Betrag von 40 Milliarden überschritten hat. Dabei verfaßt die Vermutung, daß der Wochenanweis der Bank von Frankreich verschleiert ist und die Lage sich in Wahrheit noch viel ungünstiger darstellt. Wann wird der Finanzminister sich gezwungen sehen, die auf 42 Milliarden festgesetzte außerliche Grenze für den Papiergeldumlauf weiter auszuweiten?

Das englische Heeresbudget. Das Heeresbudget beträgt 40 Millionen Pfund Sterling gegen 39 Millionen im Vorjahr. Die Heeresstärke beläuft sich auf 152 500 Köpfe gegen 154 000 im Vorjahr, ohne Berücksichtigung der Truppen in Indien.

Indien zur Absehung des Kaliffs. Die Nachrichten über die Absehung des Kaliffs sind an den wichtigsten mohammedanischen Mittelpunkten Indiens eben bekannt geworden und wirken auf die mohammedanischen Kreise hinsichtlich weltlicher Grundabsichtliche Einwendungen werden erhoben werden, falls die Abschaffung des Kaliffs als eine erdachtliche Maßregel beabsichtigt wäre. Die maßgebende Ansicht geht dahin, daß dem gegenwärtigen Interregnum ein Ende gemacht werden müsse durch eine Delegationsauftragung in Kairo oder in

Konstantinopel, auf der ein Nachfolger gewählt werden müßte. Die Kandidaten für das Kalifat könnten Mustafa Kemal Pascha, aber noch eher der Emir von Afghanistan oder König Fuad von Kairo (7) in Betracht kommen.

**Von Stadt und Land.**

Nr. 8. März.

**Aus dem Landtage.**

Der Rechts- und der Haushaltsausschuß K berieten in gemeinsamer Sitzung über den Personalabbau in der Schule. Die Regierungsvorlage wurde im großen und ganzen angenommen. Die Vorlage verlangt zwei unentgeltliche und zwei bezahlte Überstunden. Beschlossen wurde die Entschädigungspflicht für diese vier Überstunden. Dem Landtage ist ein deutschnationaler Antrag zugegangen, das Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei und der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei für Sachsen sofort aufzuheben. Begründet wird der Antrag damit, daß mit der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes auch das Verbot der kommunistischen Partei aufgehoben worden sei, während das Verbot der beiden vorgenannten Parteien noch in Wirksamkeit sei, da es vor Verhängung des Ausnahmezustandes erlassen wurde.

**Der Landtag gegen die Ostjudeneinwanderung.**

Im Landtag wurde ein deutschnationaler Antrag gegen die unerwünschte Einwanderung von Ostjuden mit 49 gegen 5 Stimmen angenommen. Die Regierung wird also Maßnahmen gegen diese Einwanderer zu ergreifen haben.

Ein zweiter Antrag, der verlangt, daß den in den letzten fünf Jahren zugewanderten fremdkämmigen Ausländern die benutzten Wohnungen zu entziehen sind, falls diese nicht eine Ersatzwohnung durch Neubau bis Ende 1924 zur Verfügung halten, obwohl sie dazu in der Lage sind, wird mit allen demokratischen Stimmen gegen alle Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Obstbaulehrpläne für Lehrer. Im Obstbaulehrpläne für Lehrer sind die diesjährigen Lehrgänge für Lehrer wie folgt fest: 1. Teil vom 24. bis 28. März, 2. Teil vom 12. bis 14. Juni, 3. Teil vom 29. September bis 4. Oktober. An der Landwirtschaftlichen Lehranstalt zu Bahren: 1. Teil vom 14. bis 19. Juli, 2. Teil vom 29. September bis 4. Oktober. Das Lehrhonorar beträgt für Bahren 20 Goldmark, für Bahren 10 Goldmark. Die Lehrer, welche an dem diesjährigen Lehrgang für Lehrer teilzunehmen gedenken, wollen dieses der Geschäftsstelle des Landesverbandes Sachsen für Obst- und Weinbau in Dresden-V., Sidonienstr. 14, für Bahren spätestens bis 15. März, für Bahren spätestens bis zum 20. Juni mitteilen. Die Entschädigung über die Gewährung von Beihilfen durch das Ministerium für Volksbildung steht noch aus.

Der Einkäuferausweis der Nordischen Wäsche in Kiel (20. bis 24. März) einschließlich Wäschezeichen und Amtlichen Wäscheausweis kostet im Vorverkauf 2 Goldmark, während der Wäsche 3 Goldmark. Die Anmeldung und Bestellung ist an das Meckant Kiel zu richten.

Eine Nordseefahrt des Leipziger Seereiseklubs. Eine Nordseefahrt größeren Stils wird in der Zeit vom 21.—29. Juni der Leipziger Seereiseklub mit seinen Schuten unternehmen. Wie wir hören, steht dem Klub nämlich volle fünf Tage der Dampfer „Kaiser“ der Hamburg-Amerika-Linie zur Verfügung. Damit ist den Teilnehmern der Fahrt Gelegenheit geboten, einen guten Teil unserer deutschen Nordseefahrt zu Schiff und am Strande der großen Bäder Westerland, Sylt auf Höhe und Helgoland nicht nur auf wohlfeile Art, sondern auch einmal in aller Bescheidenheit kennen zu lernen. Reiseleiter des Klubs ist Herr Hermann Wolf, Leipzig Grottenbocker Straße 7, der nähere Auskunft gern erteilen wird.

Stadtvorordnetenentscheidung vom 7. März. In der gestrigen Stadtvorordnetenentscheidung erklärte sich das Stadtvorordnetenkollegium für einverstanden mit der Herabsetzung des Heizgaspreises auf 28 Pfennig für den Kubikmeter, des Strompreises auf 51 Pfennig für die Kilowattstunde. Für Großverbraucher an Strom werden Rabattsätze eingeführt und zwar bis 800 Stunden 0 Prozent, bis 800 Stunden 40 Prozent, darüber hinaus 60 Prozent. Sodann wird zum Antrag gebracht, in der nächsten Stadtvorordnetenentscheidung die Wahlen des Stadtrates vorzunehmen. Zum Wahlprüfungsausschuß werden ernannt die Herren Frey, Schied, Vörgen, Günzel. Die Wahlvorschlüsse mit mindestens 6 Namen müssen an den Stadtvorordnetenvorsteher bis Mittwoch, den 12. März, 1 Uhr mittags abgegeben sein, die Wahl findet am nächsten Tage statt.

Rentenmarkt. Unsere Sparkasse, ebenso die Girokasse, gewährleihen ihren Einlegern u. Bekanntmachung in der gestrigen Nummer unseres Blattes für Rentenmarkt-Einlagen im Mindestbetrage von 50 Mark, die für mindestens 1 Monate festgelegt oder auf monatliche Kündigung angelegt werden, die Wertbeständigkeit auf der Dollargrundlage, mindestens aber den eingesetzten Rentenmarktbeitrag. Selbst englische Leute, die der Wertbeständigkeit der Rentenmarkt nicht trauen, können also ihr Geld wieder völlig sicher und ungeschädigt anlegen. Derartige Einlagen werden im Verhältnis zu früher auf verzinst, zur Zeit mit 7 p. C.

Wienkongress über Goethes Faust. Herr Hartze Dr. v. c. W. in Jena aus Dresden wird am 17., 18. und 19. März im „Wissenschaftlichen Verein“ zu Aus über Goethes „Faust“ sprechen. Der Vortragende ist als gelehrter Redner und feinsinniger Interpret künstlerischen Schaffens auch in Aus bereits bestens bekannt. Die Vorträge sind jedermann zugänglich; sie versprechen den Besuchern Stunden politischen Genusses und ein tieferes Eindringen in das Verständnis eines der Hauptwerke unserer Literatur. Näheres über Zeit und Ort ist aus der heutigen Ausgabe zu erfahren.

Vorträge im Gemeindefesthaus. Wie hat das Interesse unserer Tage an religiösen Fragen ist, beweist der tägliche Andrang zu den Vorträgen des bekannten Evangelisten D. H., die vom 4. bis 11. März stattfinden. Der nach Klarheit in seiner Erkenntnis ringt, wird dankbar diese Gelegenheiten benutzen, zumal der Zutritt frei ist für Jedermann. (Näheres in den Kirchenangeboten.)

Wohnungsbauvereinschaft des Sandwerkes. Auch an dieser Stelle sei hingewiesen auf die Handwerker-Versammlung, die am nächsten Montag 5 Uhr nachmittags im „Blauen Engel“ zur Gründung einer Wohnungsbauvereinschaft des Sandwerkes stattfinden wird. Begr. Insaat in der heutigen Nummer.